



2. Mai 2012

## ***Energiepolitik im Bundeswirtschaftsministerium bündeln***

*Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) spricht sich dafür aus, alle energiepolitischen Kompetenzen und die Ressourcenpolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zu bündeln. Dazu erklären Dr. Josef Schlarmann, MIT-Bundesvorsitzender, und Dieter Bischoff, stv. MIT-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Kommission Energie und Umwelt:*

„Die Energiepolitik muss institutionell neu gestaltet werden. Wenn die Bundesregierung die Energiewende wirklich ernst meint, muss sie alle energiepolitischen Kompetenzen in einem Haus bündeln. Gegenwärtig versuchen verschiedene Ministerien, Lösungen auf die Fragestellungen der Energiewende zu finden. Außerdem ist es auf Dauer nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung bei wichtigen energiepolitischen Sachfragen in Brüssel mit zwei Stimmen spricht. Die institutionelle Zersplitterung der Energiepolitik trägt zur Verzögerung der Umsetzung der Energiewende bei. Nur mit einem „Masterplan Energie“ aus einem Guss kann es gelingen, dass Energieversorgung auch in Zukunft sicher, effizient und bezahlbar ist.

Energiepolitik ist Wirtschaftspolitik. Daher spricht sich die MIT für eine Bündelung der energiepolitischen Kompetenzen unter dem Dach des Bundeswirtschaftsministeriums aus. Im Gegensatz zu SPD und Grünen lehnt die MIT die Schaffung eines eigenen Energieministeriums entschieden ab. Dies würde den Staatsapparat weiter aufblähen und wäre nicht mit der notwendigen Haushaltskonsolidierung vereinbar.

Bereits 2009 - lange vor den Herausforderungen des Atomausstiegs - beschlossen CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm 2009-2013: *„Die gegenwärtige Aufteilung der energiepolitischen Entscheidungskompetenzen auf unterschiedliche Politikfelder verhindert Energiepolitik aus einem Guss. Um eine größere Planungs- und Finanzierungssicherheit in der Energiepolitik zu erreichen, wollen wir die Kompetenzen innerhalb der Bundesregierung bündeln.“* Was 2009 richtig war, gilt heute angesichts der ungelösten Fragen durch die Energiewende umso mehr.“